



Berlin Brief Nr. 316

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

20. Mai 2022



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

„Frieden ist nur selbstverständlich, wenn wir bereit sind, ihn zu verteidigen.“ Damit hat Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Mit militärischen und humanitären Hilfen stehen wir der Ukraine bei

und schwächen mit harten Sanktionen Putins Regime. Unser Bundeskanzler hat klargestellt, dass es keinen Diktatfrieden geben darf. Uns alle eint das Ziel, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt. Die Ukraine muss bestehen.

Dennoch muss für uns weiter gelten, dass wir überlegt und international eng abgestimmt vorgehen müssen. Es wird keine deutschen Alleingänge geben und es wird nichts unternommen, was die NATO zur Kriegspartei werden lässt. Deutschland übernimmt Verantwortung und liefert Waffen im Rahmen unserer Möglichkeiten, und wir stellen finanzielle Mittel für die Ukraine bereit.

Die EU ist so geschlossen, wie ich es seit Jahren nicht mehr erleben durfte. Deshalb hat Olaf Scholz auch betont, dass die EU als Friedensprojekt entstanden ist und im klaren Kontrast zu Putins Autokratie steht. Auch wenn wir in den vergangenen Jahren einige Krisen in der EU meistern mussten und noch meistern müssen, stehen wir entschlossener und geeinter als Europäische Union.

Olaf Scholz hat unbedingt recht, wenn er sich für eine Weiterentwicklung der Europäischen Union einsetzt. Wir brauchen eine effizientere und demokratischere Union, die nicht durch die Blockade einzelner ausgebremst werden darf. Für mich bleibt das Ziel: Die Vereinigten Staaten von Europa!

Die steigenden Preise machen den Menschen in Deutschland noch immer große Sorgen. Vor allem Bürger*innen mit geringen Einkommen spüren die Inflation im Geldbeutel. Ob im Supermarkt oder auf der Strom- und Heizkostenabrechnung: Viele Menschen müssen immer mehr Geld für das Nötigste ausgeben. Darauf haben wir reagiert und zwei Entlastungspakete in Höhe von fast 30 Milliarden Euro beschlossen, die vor allem Geringverdiener*innen und Sozialhilfeempfänger*innen zugutekommen. Zwei zentrale Entlastungsmaßnahmen, die in der breiten Mitte der Gesellschaft ankommen, sollen am 01. Juni anlaufen: das 9 €-Ticket für den ÖPNV und die Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe. Beide Maßnahmen werden für drei Monate gelten und damit die gestiegenen Kosten für die Bürger*innen abfedern. Aber klar ist, dass wir alle einen Preis für unsere Sicherheit zahlen müssen und die Politik die höheren Kosten nicht in Gänze abfangen kann. Es ist unsere Aufgabe, dies auch offen zu kommunizieren.

Es ist nicht die Zeit dafür, dass wir uns gegenseitig Maximalforderungen stellen. Als Parlament sind wir es den Wähler*innen schuldig, die enormen Herausforderungen entschlossen und ernsthaft anzugehen und uns nicht in parteitaktischen Manövern zu verlieren – sei es im Bundesrat oder im Bundestag. Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Belastungen für die Bürger*innen bestmöglich abgedeckt werden und alles dafür tun, damit der Krieg in der Ukraine möglichst schnell ein Ende findet und wir in Deutschland und Europa in Frieden eine sichere Zukunft bauen können.

Ihr/Euer

Termine

- 20**
MAI
- JUSO Kreisversammlung**
Heilbronn
- 30**
MAI
-03
JUNI
- Sitzungswoche des Deutschen Bundestags**
Berlin
-

Bild der Woche



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten? [Hier abmelden.](#)